

*Jede Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme für soziale Gerechtigkeit, Bürgernähe, Solidarität und Demokratie! Wir engagieren uns für die Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge, für einen lebenswerten Landkreis aller Menschen!*

*Entscheiden Sie sich am 25. Mai für DIE LINKE! Im Kreistag wird sich DIE LINKE für folgende Ziele stark machen:*

### **1. Kommunale Finanzausstattung verbessern**

DIE LINKE fordert eine deutliche Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung. Gemeinden und Kreise benötigen zur Bewältigung ihrer Aufgaben finanzielle Handlungsfähigkeit. Die steuerliche Entlastung unserer mehr als wohlhabenden Mitbürger und Unternehmen geht auch zu Lasten der Gemeindefinanzen. Damit muss Schluss sein!

DIE LINKE fordert:

- Der Anteil des Steueraufkommens für die Länder ist zu erhöhen.
- Die Zuschüsse des Landes für die Kommunen zur Finanzierung der Kindertagesstätten, Schulen, Krankenhäuser und Infrastruktur sind erheblich zu erhöhen.

### **2. Sozialcard einführen, Jobcenter reformieren**

DIE LINKE fordert in allen Kommunen des Landkreises die Einführung einer Sozialcard für Menschen mit geringem Einkommen. Die Sozialcard bietet ermäßigten Eintritt in öffentliche Kultur- und Sportstätten. Außerdem fordern wir für die Inhaber der Sozialcard die Einführung einer begünstigten Monatskarte für den öffentlichen Nahverkehr.

Im Landkreis Ludwigsburg sind die Jobcenter für die Aus- und Weiterbildung von Arbeitslosen sowie von Jugendlichen ohne Ausbildung zuständig. Wir fordern, dass sich die Fördermöglichkeiten nach den Fähigkeiten der Menschen ausrichten und ihnen eine Perspektive aufzeigt. DIE LINKE fordert vom Landkreis eine deutliche Anhebung der finanziellen Mittel für die Jobcenter. Statt 1 € - Jobs fordern wir reguläre, steuer- und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze - auch im öffentlichen Dienst!

Niemand darf aufgrund seiner finanziellen Situation gezwungen werden, seine Wohnung aufgeben zu müssen. Da die Mietpreise im Kreis Ludwigsburg von Menschen mit geringen Einkommen kaum noch bezahlt werden können, fordert DIE LINKE eine Anhebung der Mietobergrenze, damit ein Zwangsumzug verhindert wird. Darüber hinaus fordern wir den Ausbau des sozialen Wohnungsbaus in den Kommunen des Landkreises.

### **3. Qualität in Pflege und Gesundheit sichern**

DIE LINKE steht zu allen Klinik-Standorten im Kreis Ludwigsburg. Unser Grundsatz lautet: Kliniken sollen in der Grundversorgung nah bei den Patienten sein und kurze Wege zu kooperierenden Spezialkliniken anbieten. In unseren Kliniken sollen Kassenpatienten genauso schnell Termine erhalten wie Privatpatienten.

Die strukturelle Unterfinanzierung der öffentlichen Krankenhäuser darf nicht auf dem Rücken der Patienten und nicht auf dem Rücken des Pflegepersonals ausgetragen werden. Nur ausreichend und gut ausgebildete Pflegekräfte garantieren unseren PatientInnen Wohlbefinden während ihres Krankenhausaufenthaltes. DIE LINKE lehnt die Auslagerung (outsourcing) der Tätigkeiten im Krankenhaus ab.

Transparenz schafft Vertrauen! DIE LINKE fordert das fertiggestellte Gutachten zur Zukunft der Kliniken im Kreis Ludwigsburg noch vor der Wahl zu veröffentlichen und zu beraten. Die Krankenhausplanung darf nicht an den Betroffenen vorbei erfolgen.

DIE LINKE fordert zukünftig Standortentscheidungen durch einen Bürgerentscheid zu legitimieren.

### **4. Gleiche Bildungschancen für alle**

DIE LINKE kämpft für ein gerechtes Bildungssystem, welches allen Kindern und Jugendlichen, Auszubildenden und Studierenden gleiche Chancen unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten der Eltern eröffnet. Bildung ist der Schlüssel für die persönliche Entwicklung, ermöglicht die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und hilft so, Armutsrisiken zu minimieren. Lebenslanges Lernen, Bildung und Weiterbildung sind unerlässlich, denn die Kinder und Jugendlichen von heute sind die gesellschaftlichen Gestalter von morgen. Sie brauchen die notwendigen Rahmenbedingungen, um sich selbstbestimmt entfalten zu können.

DIE LINKE tritt ein für:

- einen unbeschränkten Zugang für alle Kinder zu den Betreuungs- und Bildungsangeboten in den Kindereinrichtungen. DIE LINKE tritt für gebührenfreie Kinderbetreuungsplätze ein. In einem ersten Schritt wollen wir ein gebührenfreies KITA- und Kindergartenjahr vor der Einschulung erreichen.
- kostenlose Schülerbeförderung für Familien mit Sozialcard
- wohnortnahes Angebot an Ganztagesgrundschulen
- Recht auf Inklusion und Ausbau der Kooperationsklassen der Förder- und Sonderschulen mit allen Schularten
- Kein Werben fürs Sterben - Bundeswehr raus aus den Schulen im Landkreis!

## **5. Jugendhilfe und Kinderschutz: Für die Zukunft unserer Kinder**

Soziale Verunsicherung und Armut führen häufig zu Isolation, vermehrter Gewalt, eskalierenden Konflikten und Überforderung in Familien. Rechtzeitige Hilfe kann hier schwere Schädigungen vermeiden.

Deshalb fordert DIE LINKE:

- die Einrichtung eines Kinderschutzdienstes durch den Landkreis, um auf Gefährdungen schnell und angemessen reagieren zu können.
- Beim Jugendamt muss ein Dienst für aufsuchende Familienberatung geschaffen werden, welcher Familien bei der Lösung von Konflikten unterstützt.
- Wir fordern mehr Unterstützung bei der kommunalen Jugendausstattung durch den Kreis.

## **6. Eine Willkommenskultur für Flüchtlinge**

Flüchtlinge kommen aus Krisengebieten. Daher tritt DIE LINKE für einen menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen ein. Bei der Unterbringung von Flüchtlingen bevorzugt DIE LINKE Modelle, die eine Gettoisierung verhindert (dezentrale Unterbringung). DIE LINKE fordert eine behutsame Verteilung der Flüchtlinge in Kooperation mit den Kommunen. Dabei ist es unabdingbar, dass die Kommunen durch entsprechend ausgebildeten Sozialarbeiter/innen unterstützt werden.

## **7. Nahversorgung erhalten**

Im Rahmen der Wirtschaftsförderung des Kreises fordert DIE LINKE mehr Engagement beim Erhalt und Ausbau der Nahversorgung. Eine Fehlentwicklung aus dem rein renditeorientierten Wirtschaften ist die Macht der Discounter und Einkaufszentren. Die großen Ketten haben weitgehend Nahversorger, genau wie Inhaber geführte Geschäfte, verdrängt. Die Grundversorgung wurde systematisch auf die grüne Wiese verlagert. Selbst in einigen Stadtteilen der großen Kreisstädte ist die Nahversorgung gefährdet. Die Peripherie der Städte und der ländliche Raum drohen zu veröden, während insbesondere Stuttgart als Oberzentrum und die drei Mittelzentren des Kreises mit riesigen Shopping-Malls Kundschaft und deren Kaufkraft aus den Ortschaften ziehen.

DIE LINKE unterstützt grundsätzlich die Neugründung von Genossenschafts- und Nachbarschaftsläden, z.B. aus den abgewickelten und vielfach immer noch leer stehenden Geschäften aus der Schlecker-Insolvenz. Dazu muss sich die Wirtschaftsförderung des Kreises zusammen mit den Kommunen und der Region engagieren und beispielsweise Ladenflächen sichern. Diese soll zu günstigen Konditionen an Gründerprojekte verpachtet werden um wirtschaftliche Startrisiken zu minimieren.

Eine funktionierende Nahversorgung ist besonders vor dem Hintergrund der alternden Bevölkerung und des demografischen Wandels der Schlüssel für einen zukunftsfähigen Kreis.

## **8. ÖPNV: Bus und Bahn ausbauen**

Eine wesentliche Aufgabe der Kommunalpolitik ist die Verkehrsplanung. Sollen neue Straßen gebaut oder neue Buslinien eröffnet werden? Wie will man Anreize schaffen, dass der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) besser genutzt wird? Welche Zielgruppen der Bevölkerung haben Priorität?

Grundlinien der Kommunalpolitik der LINKEN in diesem Bereich sind:

- Der weitere Ausbau von Bus- und Bahnlinien insbesondere auch in ländlichen Regionen ist zielstrebig zu verfolgen, um die Umwelt zu entlasten. Alle Fördermöglichkeiten sind dafür zu nutzen. Die Attraktivität des ÖPNV ist zu optimieren durch bessere Taktung der Anschlüsse, durch Echtzeitinformationen an
- Die zahlreichen Lücken im Netz der Fahrradwege sind zu schließen, damit Radfahren auf Kurzstrecken attraktiver und sicherer wird.
- Ausstieg aus „Stuttgart 21“. Viele Verkehrsprojekte im ganzen Land werden gerade auf unbestimmte Zeit verschoben oder gar gestrichen, weil das Geld jetzt für „Stuttgart 21“ benötigt wird. Mit diesem fragwürdigen Milliardenloch haben wir uns noch nicht abgefunden. Wir werden jede sich bietende Gelegenheit für den Ausstieg aus „Stuttgart 21“ nutzen.
- DIE LINKE arbeitet mit an sozialen und ökologischen Mobilitätskonzepten, die den Umstieg vom motorisierten Individualverkehr auf Bus und Bahn erleichtern und allen Menschen gleichermaßen Mobilität ermöglichen.
- Die Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen ist dabei durchgehend zu gewährleisten.
- Der Lärmschutz ist an Hauptachsen des Verkehrs zu verbessern. Die Kreisstraßen müssen in einem guten Zustand erhalten werden.

## **9. Keine Ausweisung neuer Gewerbegebiete entlang der A81**

DIE LINKE lehnt die Bestrebungen zu einer Änderung des Regionalplanes für den weiteren Ausbau von neuen Gewerbeschwerpunkten im Kreis entlang der A81 im Korridor von Stuttgart/Engelbergtunnel bis zur nördlichen Kreisgrenze strikt ab.

Dass Industrie- und Logistikunternehmen ein starkes Interesse zur Ansiedlung in diesem Raum zeigen ist unbestritten. Aber die Frage, welche Maßnahmen diese Akteure selbst treffen um in einem ohnehin von Logistik geprägtem Gebiet die enormen Umweltbelastungen einzudämmen, bleibt unbeantwortet. Fakt ist, dass der Umweltbericht der Region eine eindeutige Sprache spricht. Hier ist die Rede von erheblichen Beeinträchtigungen der landwirtschaftlichen Nutzflächen, des Landschaftsbildes, des Schutzgutes Boden, der Luftleitbahnen, des Klimas und nicht zuletzt der dort lebenden Menschen. Trotz dieser gravierenden, selbst erarbeiteten Mahnungen knickt eine große Mehrheit in der Regionalversammlung mal wieder vor den Wirtschaftsinteressen ein.

Laut Bundesumweltamt werden die LKW-Emissionen seit 2005 bis zum Jahr 2020 um 20 Prozent auf 44,4 Mio. Tonnen steigen. Dies entspricht in etwa dem Einsparpotenzial, das durch die Verhinderung von zu großen Verpackungen sowie Leer-/Luftransporten realisiert werden könnte. DIE LINKE fordert daher, dass sich die Wirtschaftsförderung der Region, des Kreises und der Kommunen mit dem Kooperationszentrum Logistik KLOK e.V. um ein Netzwerk zwischen Produzenten,

Logistik, Handel und Verbraucherorganisationen bemüht, um dieses Potenzial zu nutzen. Damit könnte sowohl das LKW-Aufkommen als auch die Lagerkapazitäten reduziert werden, womit keine neuen Gewerbeflächen im Kreis Ludwigsburg notwendig wären.

### **9. Sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie**

Mit dem Gemeinschaftskraftwerk Neckarwestheim haben wir das Atomkraftwerk mit der längsten Restlaufzeit in ganz Deutschland. Jeder Tag längere Laufzeit bedroht unser Leben, unsere Gesundheit und produziert radioaktiven Atommüll.

### **10. Sozialökologischer Umbau und Energiewende voranbringen**

Die notwendige Energiewende hin zu erneuerbaren Energien – weg von der Atom- und Kohlewirtschaft – darf nicht länger aufgeschoben werden. Sie erfordert auch auf der kommunalen Ebene alle Kraftanstrengungen. Die Energiewende muss sozialverträglich sein und eingebettet in eine umweltgerechte Stadtentwicklung. Das sind große Herausforderungen.

Die LINKE setzt sich in den Gemeinderäten und Kreistagen ein:

- für den Ausbau regenerativer Energiequellen auf dem Gemeindegebiet. Wird Strom von auswärts bezogen, dann soll dies über Stromanbieter erfolgen, die ausschließlich auf regenerative Energiequellen zurückgreifen.
- für die Stärkung und ggf. auch Neugründung von Stadtwerken als lokale oder regionale Stromanbieter (ggf. auch in Kooperation mehrerer Gemeinden). Die profitorientierten milliardenschweren Stromkonzerne, die ihr Geld mit Atom- und Kohlestrom verdienen, müssen zurückgedrängt werden.

Die Energiewende kann nur gelingen, wenn sie mit einem Wandel hin zu dezentralen Strukturen einhergeht.

1. Stromtarife müssen für alle bezahlbar sein. Für Geringverdiener muss es Freibeträge und Sozialtarife geben. Die Kosten der Energiewende dürfen nicht einseitig Familien mit Kindern, Niedrigverdienenden und Menschen ohne Immobilieneigentum aufgebürdet werden. Und es darf nicht sein, dass verarmten Menschen der Strom gesperrt wird, weil sie ihn nicht mehr bezahlen können. Die Versorgung mit Energie und Wasser gehört zur sozialen Daseinsfürsorge.
2. Die Sanierung von Altbaubeständen hat für uns eine hohe Priorität, um Energie einsparen zu helfen. Die Beteiligungskosten für Mieter dürfen nicht höher sein als die Entlastung bei der Energieeinsparung.
3. Abfallwirtschaft ist eine öffentliche Aufgabe in der einzelne profitable Bereiche nicht herausgebrochen werden dürfen.